

Herr v. Bethmann betont, er habe niemals erklärt, daß wir Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in der Hand behalten müßten.

Dieser Satz stammt von Dr. Spahn, und nur aus taktischen Gründen habe ich es für zweckmäßiger gehalten, nicht ausdrücklich zu widersprechen. Nun sagt Dr. Sinzheimer, daß wenn wir damals für die volle Unabhängigkeit Belgiens eingetreten wären, wir bei der Entente vielleicht die Verhandlungsbereitschaft erzeugt hätten. Das ist Dr. Sinzheimers Überzeugung, meine Überzeugung war anders.

Die Wülhauser Rede des Kaisers.

Im Laufe der anschließenden Bemerkungen wird von Dr. Helfferich erwähnt: der ganze Reichstag, mit Ausnahme der Unabhängigen, habe eine Erklärung auf volle Wiederherstellung Belgiens abgelehnt. — Dr. David: Auch die Sozialdemokratie war 1917 für volle Wiederherstellung Belgiens und hatte in Stockholm in dieser Hinsicht gewirkt. — Vorsitzender Gothein erinnert an die Rede des Kaisers in Wülhausen vom 13. Dezember. — Dr. Helfferich: Unter Friedensangebot ist und bleibt eine Ruhmesstat des deutschen Kaisers und des deutschen Volkes. — Abg. Dr. Sinzheimer: Am 12. Dezember war das Friedensangebot abgegangen. Am folgenden Tage trat der Kaiser in Wülhausen für den Siegfrieden ein. Durch eine Indiskretion wurde diese Rede durch W. L. B. ins Ausland verbreitet, und auf die Wirkung dieser Rede im Ausland ist zweifellos die Ablehnung unseres Angebotes mit zurückzuführen. — Konrad Müller: Es hat sich kein Anhalt dafür finden lassen, daß vom Vismärtigen Amt eine Mitteilung über die Rede an W. L. B. abgegangen ist. Das Original ist bei Verlesung des W. L. B. durch die Spatistiken abhanden gekommen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Für und wider Wilson.

Dr. Helfferich wiederholt seine Charakterisierung der Wilsonschen Politik. Graf Bernstorff gibt die bestehende Unfreundlichkeit in Amerika gegen Deutschland an. Es habe eben nur eine Möglichkeit gegeben, die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszulassen, nämlich ihre Vermittlung anzunehmen. Dann hätte Wilson den Krieg gar nicht eröffnen können. Professor Bonn: Wilsons Senatsbotschaft hatte nur den Zweck, einen Druck auf die Entente auszuüben. Die amerikanische Öffentlichkeit war damals deutschfreundlich geworden wegen der verteuerten Lebenshaltung. Wilson hätte der Entente nur den Kredit zu sperren brauchen und war dazu auch bereit. Amerikanische Bankiers hatten schon mit deutschen Fühlungen genommen. v. Bethmann-Sollweg: Ich will mich in den Kampf um die Seele Wilsons nicht einmischen. Sätten wir ihn als Schwächling angenommen, so wären wir völlig in seiner Hand gewesen. Müßten wir uns nicht gewisse Sicherheiten verschaffen gegen unbillige Friedensbedingungen? Wilson hat unser Telegramm vom 30. Januar mißachtet, wonach wir den U-Boot-Krieg sofort einstellen würden, wenn wir durch Wilson brauchbare Sicherungen für einen annehmbaren Frieden erbieten. Wir sollten uns doch alle hüten, Wilsons Politik zu rechtfertigen. Vorsitzender Gothein: Von der Ansicht einer Rechtfertigung der Politik Wilsons ist mir hier bisher nicht zum Bewußtsein gekommen. Nunmehr wird die Verhandlung auf Nachmittag verlag.

Das Ende im Baltikum.

Berlin, 17. November. Die Nachricht, daß der Oberst Awalow-Vermond sich mit seinen Truppen dem deutschen General v. Eberhardt unterstellt hat, bestätigt sich. Der Zustand der Truppen Awalows ist noch unübersichtlich, doch scheint unter ihnen starke Verwirrung zu herrschen. Die westrussische Regierung ist aufgelöst.

Aber Judentum und Kollisch und Denikin ist unerwartet das Ende gekommen — aber auch Oberst Vermond-Awalow sieht sich plötzlich am Rande seiner Kraft angelangt. Nicht nur Riga hat er aufgeben müssen, auch Mittau scheint er bereits zu räumen und vor den nachdrängenden Letten ins Littauische auszuweichen. Sein Entschluß, sich mit der ganzen von ihm geführten Armee dem Befehl des deutschen Generals v. Eberhardt zu unterstellen, des Nachfolgers des Grafen v. d. Golts, bedeutet gleichfalls das Ende einer mit weitgehenden Hoffnungen eingeleiteten militärisch-politischen Aktion, die dazu bestimmt war, den Bolschewismus sozulegen von der Platte her zu fassen. Er hat sich diesem Griff, mit Hilfe des lettisch-baltischen Widerstandes, geschickt entzogen und darf auf der ganzen Linie als Sieger auftreten. Wer der letzte Nutznießer dieser von englischen Schiffsgeschäften herbeigeführten Wendung der Dinge sein wird, darüber gibt es für jeden Einsichtigen gar keinen Zweifel.

In Rußland ist nun jedenfalls die Bahn frei für Friedensverhandlungen zwischen den Randstaaten und der Sowjetrepublik. Die Westmächte werden kaum noch so spröde sein, um nicht als Dritter in diesem Bunde mitwirken zu wollen, und es fragt sich nur, um welchen Preis sie Herr Trotski zu dem Verzicht auf die russische Welt, sofern bei dem Unternehmen des Fürsten Awalow neben den russisch-nationalen Zielen noch andere Absichten außerpolitischer Natur mitspielen, bestanden sie lediglich darin, mit dem deutschen Reich eine unmittelbare Landverbindung aufrechtzuerhalten, zum wohlverstandenen Nutzen beider Teile, die wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind und bleiben, wie gewaltig auch die großmächtige Entente mit den beiderseitigen Grenzgebieten umspringen mag. Aber England war von vornherein fest entschlossen, als neue Nilseemacht dort oben um Riga und Reval herum ganze Arbeit zu machen. Es ist jetzt auch hier am Ziel, wie fast überall in der Welt, und fortan wird keine Lonne Getreide, kein Waggon Eisen, kein Bentner Kohlen zwischen uns und den Russen hin- oder herwandern, wenn es in London nicht genehm ist. Auch das uns im Osten vorgelagerte Polen hängt ja ganz und gar von der Gnade der Herren in London und Paris ab — die Einkreitung ist also vollkommen, und Eduard VII. hat nicht umsonst gelebt und gearbeitet. Nur die Bolschewisten haben noch, wie gelangt, ihr Siegel auf diesen zweiten Versailler Friedensbund zu drücken. Ganz ohne Gegenleistungen werden sie dazu wohl kaum bereit sein.

Für die Deutschen aber, die in russische Dienste übergetreten waren, für sie bedeutet der Entschluß des Fürsten Awalow die Rückkehr in die Heimat, deren Tore ihnen seit dem 11. November schon so gut wie verschlossen waren. An diesem Tage war das Ultimatum der Reichsregierung abgelaufen, das sie mit Ausstoßung aus der deutschen Staatszugehörigkeit bedrohte. Man darf hoffen, daß sie auch jetzt noch als reuige Sünder willkommen sein werden, und daß für ihre geordnete Entlassung aus dem Heeresverband geforcht werden wird.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Oberpräsident v. Gronow ist durch das Staatsministerium als Wahlkommissar für die Wahl des neuen Erzbischofs in Köln ernannt.

Budapest. Die ersten Truppen der ungarischen Armee Sorthyn gegen in Budapest ein, nachdem die Rumänen die Stadt verlassen hatten.

Amerika und der Frieden.

Niederlage Wilsons.

Im Hinblick auf den Antrag, die Debatte über den Friedensvertrag zu schließen, nahm der Senat zehn von den einschneidenden Vorbehalten zum Friedensvertrag des Senators Lodge an und verwarf nur zwei Vorbehalte. Die angenommenen Vorbehalte beziehen sich auf das Recht der Vereinigten Staaten, ihre Rüstungen zu steigern, ohne die Einwilligung des Völkerbundes. Wenn der Friedensvertrag nicht angenommen werden sollte, will Senator Knox eine Entschleunigung einbringen, wonach der Friedenszustand mit Deutschland erklärt werden soll. Die Vereinigten Staaten würden danach mit Deutschland einen Sonderfrieden schließen.

In den Verhandlungen erklärte Senator Lodge, daß die Vereinigten Staaten keine Verpflichtung irgendwelcher Art auf sich nehmen, die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Landes zu schützen oder bei Zwistigkeiten zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Völkerbundes zu intervenieren. Weiterhin können in diesem Falle die militärischen Streitkräfte so wohl zu Wasser wie zu Lande ohne die vorherige Zustimmung des Kongresses nicht verwendet werden, der allein die Vollmacht hat, den Krieg zu erklären. Zum erstenmal seit seinem Bestehen hat der amerikanische Senat nun Gebrauch gemacht von der Geschäftsordnungsbestimmung, welche für jeden Redner die Redezeit auf eine Stunde beschränkt. Man hofft, daß vermöge dieser Maßnahme der Senat anfangs nächster Woche zur endgültigen Abstimmung über den Friedensvertrag wird schreiten können. Der Senat hat die Vorbehalte angenommen, des Inhalts, daß die Vereinigten Staaten kein Mandat annehmen werden ohne die Intervention der Regierung, daß sie die höchste Gewalt über die nationalen Angelegenheiten behalten will, und daß die Monroe Doktrin in Kraft bleiben solle. Der Senat nahm ebenfalls den Vorbehalt betreffend Schantung an.

Dollische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Reichsministerium für Wiederaufbau hat als Aufgabe die Durchführung der Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegten wirtschaftlichen Wiedergutmachung übertragen erhalten. Dazu gehört in erster Linie der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete von Nordfrankreich und Belgien. Für diese Zwecke wird beim Reichsministerium ein Reichskommissariat zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten gebildet. Die Wiedergutmachung umfaßt ferner die Lieferung von Tieren, Maschinen, Wiederaufbaumaterialien, Kohlen und Nebenprodukten, Farbstoffen und anderen chemischen Erzeugnissen, die Rücklieferung der in dem früher besetzten Gebiete beschlagnahmten Tiere und sonstigen Gegenstände, sowie den Erlass von Handelslizenzen und Fischerei-Lizenzen und die Abgabe von Flußschiffschleppern. Weiterhin sind dem Ministerium die Abwicklung der deutschen Liquidationen, die Ausgleichung der Vorkriegsschulden, gemäß den Vorschriften des Friedensvertrages, die Entschädigung der Auslandsdeutschen und die Ausgleichung der Kriegsschäden der deutschen Reedereien übertragen worden.

Die Bewaffnung der Berliner Postämter. Die Oberpostdirektion Berlin hat an verschiedene Postämter die Anregung ergehen lassen, zum Schutze des Amtes gegen plötzliche Ueberumpelung durch Banden Vorkriegs zu treffen. Es handelt sich um eine Anregung und keinen Befehl. Die Maßnahme hat die freiwillige Teilnahme der Beamten und des Personals zur Voraussetzung. Es soll keine Wehr oder Truppe gegründet werden. Berlin folgt hierin dem Beispiel Dresdens, wo bereits ähnliche Maßnahmen getroffen sind.

Die Verteilung des Schiffsraubes. Der Oberste Rat hat den Bericht Berengers, des Generalkommissars des Petroleums, über die Verteilung der deutschen Petroleumschiffe entgegengenommen. Er hat sich ferner mit der Verteilung der oberdeutschen Kohle und der Zusammenlegung der mit der Organisation der Volksabstimmung in der Gegend von Teschen beauftragten Kommission beschäftigt. Die Abstimmung ist bis zu dem Augenblick, da sich die Mitglieder der Kommission an Ort und Stelle eingerichtet haben, hinausgeschoben worden.

Ablösung der Kriegsgefangenen durch Freiwillige. In einer von den freien Gewerkschaften in Köln einberufenen stark besuchten Versammlung erklärte der Referent Rühl, daß augenblicklich in Nordfrankreich 250000 deutsche Gefangene beim Wiederaufbau beschäftigt seien. Es wurde eine Entschleunigung angenommen, die belagert: Da die Gefangenen nicht vor Eintreffen des Ersatzes aus Deutschland freigelassen werden, so erklären die deutsche Arbeiterchaft bereit, die Kriegsgefangenen durch freie Arbeiter abzulösen und tatkräftig am Wiederaufbau des zerstörten Frankreich mitzuarbeiten. Die Erklärung soll alsbald der Berliner Regierung, der deutschen Waffenstillstandskommission in Düsseldorf und dem Reichskommissar in Koblenz zwecks Weiterleitung an die alliierten Mächte, an Marichall Foch und an die Kommission für die besetzten Gebiete zugestellt werden.

Zwang gegen Andersdenkende. In Anwesenheit des ersten Bevollmächtigten der deutschen Metallarbeiter, Verwaltungsstelle Frankfurt a. M., wurde in einer Betriebsarbeiterversammlung der Firma Voigt u. Haefner dort der Beschluß gefaßt, von der Direktion die sofortige Entlassung aller nicht freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter einschließlich der christlich-sozialen zu fordern. Falls dieser Forderung nicht stattgegeben wird, soll zum äußersten Mittel der BetriebsEinstellung geschritten werden.

Das Schicksal des Sultschiner Ländchens. In den letzten Wochen haben Verhandlungen zwischen der deutschen und tschechischen Regierung über die Abänderung des Friedensvertrages stattgefunden, der bekanntlich die abtunungslose Abtrennung des Sultschiner Ländchens vorsieht. Es besteht auf Grund dieser Verhandlungen die bestimmte Hoffnung auf eine nachträgliche gerechte Revision des Friedensvertrages in dieser Frage.

Abfindung des früheren Großherzogs von Oldenburg. Nach einem dem oldenburgischen Landtag zugegangenen Geheimgesamt erhält der oldenburgische Staat alles Krongut mit Ausnahme des Gutner Schlosses und seiner Nebengebäude. Eine Reihe bisheriger Verpflichtungen des Großherzogs geht auf den Staat über. Die Zivilliste wird noch bis zum 1. April 1920 bezahlt, an welchem Tage das neue Gesetz in Kraft treten soll.

Frankreich.

Kurzfristiges Ultimatum an Rumänien. Der Oberste Rat hat den Wortlaut der Note an Rumänien festgestellt. In kräftigen Worten legt diese Note auseinander, daß der Oberste Rat innerhalb von acht Tagen die Antwort Rumaniens auf die noch zu erledigenden Fragen erwartet.

Belgien.

Gegen die Waffenlieferungen an Mexiko. Das amerikanische Staatsdepartement hat Schritte unternommen, um zu verhindern, daß Vorräte an Waffen und Munition von Belgien nach Mexiko geschickt werden. Der amerikanische Geschäftsträger in Brüssel hat gegen die Verschiffung von Waffen aus Belgien nach Mexiko, die, wie verlautet, Anfang Dezember von Antwerpen aus erfolgen sollte, Protest erhoben.

Das Ergebnis der Neuwahlen steht noch nicht fest, indessen wird bestätigt, daß die Katholiken etwa 15 und die Liberalen 7 oder 8 Sitze an die Sozialisten abgeben müßten. Die Zahl der Sitze der Katholiken würde damit von 99 auf 84 sinken. Immerhin wird die Rechte die bedeutendste Gruppe des Parlaments bleiben.

Großbritannien.

Amerika gegen Sowjetrußland. Das amerikanische Staatsdepartement hat England mitteilen lassen, daß die amerikanische Regierung keinem Projekte ihre Zustimmung geben werde, welches irgendein Kompromiß mit der bolschewistischen Regierung ins Auge fasse. Im weiteren würden die Vereinigten Staaten niemals an einer Konferenz teilnehmen, zu der Vertreter der Bolschewisten zugelassen würden. Die Politik des Staatsdepartements bestehe darin, die von amerikanischen Exporteuren eingegangenen Verpflichtungen mit den russischen Verbrauchsgüterverpflichtungen durchzuführen, um die bolschewistischen Gebiete Rußlands mit Lebensmitteln und Kleidern zu versorgen.

Lloyd George über den russischen Friedensvorschlag. Im englischen Unterhause behandelte Lloyd George den Friedensvorschlag der Sowjetregierung und erklärte, daß die Alliierten sich nicht auf Vorschläge stützen könnten, die von einer feindlichen Regierung durch nicht verantwortliche Mittelspersonen überbracht würden. Die Regierung könne solche Mitteilungen nur als Grundlage für ihre Handlungen benutzen, wenn sie direkt und amtlich von einer Regierung abgegeben würden. Die britische Regierung beabsichtige aber keineswegs einen anderen Weg als bisher zu beschreiten. Die Lösung der russischen Frage bedeutet tatsächlich die Wiederherstellung der ganzen Welt, und daher sei die englische Regierung immer zu einer Regelung bereit gewesen, die eine lebensfähige russische Regierung und eine Ordnung in Rußland schaffen könnte, die auch für die russischen Völker annehmbar wäre.

Ungarn.

Sieben Thronanwärter. Gegenwärtig werden nicht weniger als sieben Anwärter für den ungarischen Königs-thron genannt. Die Legitimisten, unter denen ein großer Teil der Armee, sind für die Rückkehr Karls von Sabsburg. Eine andere Partei will seinen Sohn Otto. Die ungarischen nationalen Kreise sind für den Erzherzog Josef. Von den Sabsburgern wird aber noch Erzherzog Albrecht, Sohn des Erzherzogs Friedrich, genannt. Am sympathischsten wäre vielen der englische Prinz von Teck, Bruder der Königin Mary, der nun als fünfter Bewerber in Frage käme. Prinz Teck soll aber bereits erklärt haben, daß er von seiner Wahl zum König von Ungarn nichts wissen wolle. Außerdem wird noch der Kronprinz von Rumänien und als Außenleiter der Herzog von Abruzzo genannt.

Amerika.

Ablehnung des französischen Bündnisses im Senat. Im Verlaufe der Erörterung über den Friedensvertrag im Senat wurde ein Antrag, welcher erklärt, daß die Vereinigten Staaten Frankreich während einer Periode von fünf Jahren zu unterstützen hätten, um dessen Souveränität in Elsaß-Lothringen aufrechtzuerhalten, mit 48 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Nach fruchtlosen Versuchen, die Vorbehalte zu verbessern, welche die Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten gegen Artikel 10 formuliert hat, nahm der Senat die Vorbehalte mit 48 gegen 33 Stimmen an.

Berlin, 16. November. Amtlich. Heute Nacht 1 Uhr 10 Min. fuhr eine von Wriegen nach Frankfurt fahrende Lokomotive bei Km 81,0 zwischen den Stationen Thöringzwerber und Neu-Trebbin auf den von Neu-Trebbin kommenden Güterzug 9552 infolge Überfahrens des auf W. Thöringzwerber halt stehenden Ausfahrtsignals auf. Beide Lokomotiven stark beschädigt, diese sowie über 10 Wagen, die hierbei in Brand geraten, entgleist. 6 Zugbeamte verlegt, darunter 3 erheblich. Strecke voraussichtlich 2 Tage für den Güterverkehr gesperrt. Personenverkehr wird durch Umleitungen aufrecht erhalten. Die Verletzten sind im Krankenhaus zu Wriegen untergebracht. Untersuchung eingeleitet.

Berlin, 16. November. In der Kohlenverwertung ist eine überwiegende Entscheidung getroffen worden, da sich die Vorräte der Eisenbahn an Dienstkohle trotz aller Bemühungen noch weiter vermindert haben. Die Eisenbahnen werden daher zunächst an allererster Stelle solange beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht werden, die lebenswichtigen Betriebe hierunter möglichst wenig leiden zu lassen. Den übrigen Verbrauchern, der Industrie, insbesondere der Großindustrie und dem Hausbrand wird das Feuerungsmaterial stark beschnitten werden.

Berlin, 16. November. Die Note der Entente betreffend die Nichtigkeitsklärung der oberdeutschen Wahlen ist hier eingetroffen. Es heißt darin unter anderem: „Es ist wahrheitsgemäß, daß diese Wahlen zum Vorwande einer Treiberei dienen werden, um die Abstimmung über das künftige Schicksal des Landes zu beeinflussen, während die Bedingungen, unter denen diese Wahlen stattgefunden haben, weit entfernt sind, den Bedingungen zu gleichen, denen die Bormahme der Volksabstimmung unterliegen muß. Die internationale Kommission wird veranlaßt werden, bei der Übernahme ihres Dienstes entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.“

New York, 16. November. Von den Interessenten des Außenhandels wurde ein Beschluß angenommen, der sich für sofortige Aufnahme des Handels mit Deutschland und Einräumung größerer Kredite für Deutschland ausspricht. Bekannte Männer, darunter auch entschiedene Gegner Deutschlands, sind durchaus dafür.